

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 13. Sitzung des Stadtrates (SR/013/2015)

am Donnerstag, 9. Juli 2015,

16:00 Uhr

**im Deutschen Hygiene-Museum, 2. Etage, großer Saal,
Lingnerplatz 1, 01069 Dresden**

Beginn der Sitzung:

16:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:38 Uhr

Anwesend:

Beigeordnete

Dirk Hilbert
Winfried Lehmann
Dr. Ralf Lunau
Jörn Marx
Martin Seidel
Detlef Sittel
Hartmut Vorjohann

CDU-Fraktion

Heike Ahnert
Veit Böhm
Dr. Georg Böhme-Korn
Dr. Hans-Joachim Brauns
Jan Donhauser
Gottfried Ecke
Ingo Flemming
Annett Grundmann
Dietmar Haßler
Astrid Ihle
Steffen Kaden
Lothar Klein
Thomas Krause
Peter Krüger
Angelika Malberg
Christa Müller
Klaus Rentsch
Dr. Helfried Reuther
Gunter Thiele
Anke Wagner
Daniela Walter

Fraktion DIE LINKE.

Anja Apel
Pia Barkow
Cornelia Eichner
Norbert Engemaier
Dr. Margot Gaitzsch
Thomas Grundmann
Dr. Kristin Klaudia Kaufmann
Tilo Kießling
Annekatriin Klepsch
Jens Matthis
Hans-Jürgen Muskulus
Jacqueline Muth
Andreas Naumann
André Schollbach
Dr. Martin Schulte-Wissermann
Kerstin Wagner
Tilo Wirtz

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Kati Bischoffberger
Ulrike Caspary
Dr. Wolfgang Deppe
Christiane Filius-Jehne
Kerstin Harzendorf
Ulrike Hinz
Jens Hoffsommer
Johannes Lichdi
Thomas Löser
Michael Schmelich
Torsten Schulze

SPD-Fraktion

Christian Avenarius
Peter Bartels
Thomas Blümel
Vincent Drews
Dana Frohwieser
Wilm Heinrich
Dr. Peter Lames
Hendrik Stalman-Fischer

Fraktion Alternative für Deutschland

Detlev Cornelius
Gordon Engler
Harald Gilke
Jörg Urban
Stefan Vogel

FDP/FB-Fraktion

Franz-Josef Fischer
Dr. Thoralf Gebel
Jens Genschmar
Holger Zastrow

fraktionslose Stadträte

Jens Baur
Jan Kaboth
Hartmut Krien

Abwesend:SPD-Fraktion

Dr. Christian Bösl

Verwaltung:**Gäste:**

Anett Arnold

Vertretung der betroffenen Familien in Dresden-
Weißig

Schriftführerin:

Marlene Voigt, Stefanie Pallmann,
Monika Weber

T A G E S O R D N U N G**Öffentlich**

- | | | |
|------|--|----------------------------------|
| 1 | Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse | |
| 2 | Bericht der Oberbürgermeisterin | |
| 3 | Aktuelle Stunde zum Dresdner Sozialticket | A0080/15
beschließend |
| 4 | Dresdner Sozialticket – Mobilität für alle Menschen | A0073/15
beschließend |
| 5 | Einigungsverfahren Gremienbesetzung - beschließende Ausschüsse | |
| 5.1 | Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen) | |
| 5.2 | Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung) | |
| 5.3 | Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau | |
| 5.4 | Ausschuss für Wirtschaftsförderung | |
| 5.5 | Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofswesen) | |
| 5.6 | Jugendhilfeausschuss | |
| 5.7 | Ausschuss für Kultur | |
| 5.8 | Ausschuss für Soziales und Wohnen | |
| 5.9 | Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetriebe der Krankenhäuser) | |
| 5.10 | Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten) | |
| 5.11 | Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen) | |
| 5.12 | Ausschuss für Petitionen und Bürgeranliegen | |
| 6 | Einigungsverfahren Gremienbesetzung - Stellvertretung Beiräte - Fraktionssitze | |
| 6.1 | Seniorenbeirat | |
| 6.2 | Ausländerbeirat | |
| 6.3 | Beirat Gesunde Städte | |

6.4	Kleingartenbeirat	
6.5	Behindertenbeirat	
6.6	Wohnbeirat	
7	Umbesetzungen im Ortsbeirat Prohlis	A0106/15 beschließend
8	Umbesetzung im Ortsbeirat Neustadt	A0108/15 beschließend
9	Umbesetzung im Ortsbeirat Blasewitz	A0109/15 beschließend
10	Besetzung von Stellvertretern in der Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterrgebirge e. V.	A0105/15 beschließend
11	Wahl eines Amtsverwesers/einer Amtsverweserin	
12	Tagesordnungspunkte ohne Debatte	
13	Vertagungen Stadtratssitzung 7. Mai 2015	
13.1	Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden	V0157/14 beschließend
13.2	Wahl der Vertreter/innen der Landeshauptstadt Dresden und ihrer Stellvertreter/innen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden	V0159/14 beschließend
14	Vertagungen Stadtratssitzung 18. Juni 2015	
14.1	Wiederherstellung der originalen Fassung der Beleuchtung Kuppelhalle bei der Sanierung des Neuen Rathauses Dresden	A0081/15 beschließend
14.2	Strategiepapier zur Suchtprävention in Dresden	V0327/15 beschließend
14.3	Kinderbetreuung gut bezahlen: Eltern bei Mehraufwendungen für Ersatzbetreuung entlasten	A0090/15 beschließend
15	Vergabe des Grundstückes Katharinenstraße 9, Änderung des Beschlusses zum Antrag A0843/14, SR/066/2014	V0280/14 beschließend
16	Grunderwerb für den Schulstandort 32. Oberschule und Gymnasium Tolkewitz am ehemaligen "Straßenbahnhof Tolkewitz"	V0478/15 beschließend
17	Einbeziehung weiterer Beteiligungsgesellschaften in den Liquiditätsverbund der Landeshauptstadt Dresden	V0502/15 beschließend
18	Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für die STESAD GmbH	V0503/15 beschließend

- | | | |
|-----------|--|----------------------------------|
| 19 | Langfristige Sicherung eines stabilen Zinsniveaus für Investitionsfinanzierungen für den Bereich Abwasser | V0508/15
beschließend |
| 20 | Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Dresden | V0489/15
beschließend |
| 21 | Entgeltordnung für die zeitweise Überlassung von Räumen im Kulturthaus Dresden, Königstr. 15 | V0316/15
beschließend |
| 22 | Eintrittspreise der Dresdner Musikfestspiele 2016 | V0486/15
beschließend |
| 23 | Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2015/2016 | V0296/15
beschließend |
| 24 | Schließung der Kindertageseinrichtung Oskar-Seyffert-Straße 11 in 01189 Dresden | V0314/15
beschließend |
| 25 | Aufnahme der Kindertageseinrichtung Darwinstraße 19 in 01109 Dresden in den Bedarfsplan der Landeshauptstadt Dresden unter der Trägerschaft des Caritasverbandes für Dresden e. V. | V0340/15
beschließend |
| 26 | Aufnahme der Kindertageseinrichtung Loschwitzer Straße 23 in den Bedarfsplan der Landeshauptstadt Dresden unter der Trägerschaft der BEB Dienstleistung GmbH Dresden-Mitte | V0341/15
beschließend |
| 27 | Trägerschaftswechsel der Kindertageseinrichtung Pirnaer Landstraße 191 in 01257 Dresden vom Träger KILALOMA e. V. zum Träger Berufsbildungswerk Sachsen GmbH | V0411/15
beschließend |
| 28 | Vorgaben der Landeshauptstadt Dresden für die anstehende Neukonzessionierung der Straßenbahn- und Buslinien sowie einer Direktvergabe an die Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB) AG | V0435/15
beschließend |
| 29 | Bebauungsplan Nr. 304, Dresden-Weißig Nr. 15, Am Lindenberg hier:
1. Abwägungsbeschluss
2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung und der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB zum Bebauungsplan | V0454/15
beschließend |
| 30 | Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 31, Ortschaft Schönfeld-Weißig, Teilbereich Am Lindenberg hier:
1. Beschluss über Stellungnahmen aus dem frühzeitigen Beteiligungsverfahren
2. Beschluss über Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung
3. Abschließender Beschluss zur 31. Änderung des Flächennutzungsplanes und Billigung der Begründung mit Umweltbericht zur Flächennutzungsplan-Änderung sowie der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 BauGB | V0455/15
beschließend |

31	Bebauungsplan Nr. 3001, Dresden-Neustadt Nr. 39, Gehestraße hier: 1. Änderung der Grenze des Bebauungsplanes 2. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan 3. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf 4. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Bebauungsplan-Entwurf	V0473/15 beschließend
32	Umgang mit Kleingartenanlagen im Abflussbereich der Elbe	V0105/14 beschließend
33	Verbesserung des Livestreamings von Stadtratssitzungen	A0065/15 beschließend
34	Ein städtischer Beitrag zum Wohnungsbau in Dresden	A0067/15 beschließend
35	Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft	A0072/15 beschließend
36	Mietpreisbremse für Dresden	A0066/15 beschließend
37	Ein Rathaus für die Bürger - Konzept für Verwaltungsstandorte	A0074/15 beschließend
38	Gestaltung des Scheune-Vorplatzes	A0036/15 beschließend

Nicht öffentlich

39	Beförderung von Beamten	V0467/15 beschließend
40	Besetzung der Stelle Amtsleiterin/Amtsleiter des Amtes für Wirtschaftsförderung	V0572/15 beschließend
41	Für den Erhalt des Fußgängertunnels am Neustädter Markt	P0019/15 beschließend

öffentlich

Herr Erster Bürgermeister Hilbert begrüßt zur 13. Sitzung des Stadtrates am Donnerstag, dem 9. Juli 2015, und stellt die form- und fristgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Sitzung einige Informationen:

Ohne Debatte werden TOP 16, TOP 17, TOP 19, TOP 21, TOP 22 und TOP 27 behandelt.

TOP 15, TOP 26 und TOP 39 werden vertagt, da diese in den Ausschüssen noch nicht abschließend beraten worden seien.

TOP 11 und TOP 14.3 werden auf Wunsch des Einreichers vertagt.

TOP 41 müsse in der nächsten Stadtratssitzung behandelt werden. Dieser TOP müsse im Gegensatz zur Behandlung im Petitionsausschuss, im Stadtrat öffentlich behandelt werden und werde daher heute vertagt.

TOP 34 und TOP 35 werden nach Abstimmung mit dem Ältestenrat von der Tagesordnung genommen und am 6. August 2015 wieder auf die Tagesordnung genommen.

TOP 29 und TOP 30 sollen gemeinsam behandelt werden.

TOP 40 soll heute ebenfalls vertagt werden und am 6. August 2015 behandelt werden.

TOP 13.1 und TOP 13.2 sollen in der Beratungsfolge getauscht werden.

Damit eröffnet Herr Erster Bürgermeister Hilbert die 13. Sitzung des Stadtrates und fragt ob es weitere Anträge und Fragen zur Tagesordnung gebe.

Herr Stadtrat Dr. Gebel beantragt, für TOP 29 und TOP 30 Rederecht für Frau Anett Arnold als Vertretung der betroffenen Familien vor Ort. Des Weiteren sollen diese Punkte direkt nach der Pause behandelt werden. TOP 36 und TOP 37 sollen gleich im Anschluss zu TOP 29 und TOP 30 behandelt werden.

Herr Stadtrat Krien beantragt und begründet, dass das Thema der Aktuellen Stunde folgendermaßen geändert werden soll:

„Schadensbericht der Arbeit der ausscheidenden Bürgermeister“

Herr Stadtrat Kießling möchte, dass TOP 24 vertagt werde. Die Fraktion DIE LINKE. sei für die Offenhaltung der Einrichtung, wollten aber, dass die Finanzierung der Einrichtung mit dem Finanzzwischenbericht gemeinsam betrachtet werde könne.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Antrag auf Rederecht zu TOP 29 und TOP 30 für Frau Anett Arnold mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Gebel, TOP 29 und TOP 30 nach der Pause zu behandeln mehrheitlich zu.

Der Stadtrat lehnt den Antrag von Herrn Stadtrat Dr. Gebel, TOP 36 und TOP 37 nach TOP 29 und TOP 30 zu behandeln, mit 31 Ja-Stimmen, 35 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Antrag von Herrn Stadtrat Krien sei unzulässig und werde nicht zur Abstimmung gestellt.

Der Stadtrat stimmt dem Antrag von Herrn Stadtrat Kießling auf Vertagung von TOP 24 mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Tagesordnung mit 62 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Die Tagesordnung ist am 9. Juli 2015 abgearbeitet worden. Eine Fortsetzung am 10. Juli 2015 war nicht erforderlich.

1 Bekanntgabe nicht öffentlicher Beschlüsse

Herr Erster Bürgermeister Hilbert informiert über folgenden in nicht öffentlicher Sitzung am 18. Juni 2015 gefassten Beschluss:

V0465/15: „Gewährung einer Amtszulage“

2 Bericht der Oberbürgermeisterin

-inhaltsleer

3 Aktuelle Stunde zum Dresdner Sozialticket

**A0080/15
beschließend**

Herr Stadtrat Schollbach bringt den Antrag ein und gibt einige Ausführungen zur Begründung.

Herr Stadtrat Vogel befürwortet das Dresdner Sozialticket. Jedoch kritisiert er zugleich die Kostenumverteilung und die entsprechende Benachteiligung der Bürger ohne ein Dresdner Sozialticket.

Herr Stadtrat Genschmar kritisiert Herrn Stadtrat Schollbach und lehnt den Antrag zum Dresdner Sozialticket ab. Es folgt eine ausführliche Begründung zur Ablehnung.

Frau Stadträtin Walter rügt ebenso das Dresdner Sozialticket. Dementsprechend lege eine fragliche Finanzierung sowie Benachteiligung der Bürger ohne ein Dresdner Sozialticket vor. Die CDU-Fraktion stehe daher für einen verantwortlichen Umgang mit Haushaltsmitteln und für eine gerechte Verteilung von Forderung und Förderung.

Herr Stadtrat Schmelich erläutert die Gründe und die Notwendigkeit des Dresdner Sozialtickets. Schlussfolgernd betont er, dass neben der Mobilitätsförderung, ebenso die Nutzung eines umweltfreundlichen Verkehrsmittels unterstützt werde.

Herr Stadtrat Drews erläutert, dass die Mobilität eine Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilnahme sei. Daher spreche er für das Dresdner Sozialticket und eine entsprechende Mobilitätsförderung. Es erfolgen konkrete Ausführungen zum Antrag und zur Finanzierung.

Herr Bürgermeister Seidel geht zum Abschluss der aktuellen Stunde auf den Stadtratsbeschluss zur Vorlage V0661/10 vom 25.11.2010 und den derzeitigen Dresden-Pass/Sozialticket ein. Weiterhin erläutert er, dass die Finanzierung des Dresdner Sozialtickets gemäß dem vorliegenden interfraktionellen Antrag A0073/15 problematisch sei. Zugleich betont er, dass eine Förderung der Mobilität weiterhin notwendig sei. Ferner appelliert er an die Stadträte, dass weiterhin Projekte, wissenschaftliche Arbeiten, Arbeitsgruppen etc. gefördert werden, um Konzepte wie beispielsweise die rechtssicheren Kosten der Unterkunft zu ermöglichen. Ebenso sei es erforderlich, dass die zukünftige Finanzierung von sozialpolitischen Angelegenheiten gesichert werde.

4 Dresdner Sozialticket – Mobilität für alle Menschen

**A0073/15
beschließend**

Frau Stadträtin Barkow führt durch einige Erläuterungen in den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Stadtrat Krien bringt den Ergänzungsantrag ein und erläutert diesen eingehend.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag von Herrn Stadtrat Krien mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen) mit 36 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Das Dresdner Sozialticket wird zum 1. November 2015 nach folgenden Maßgaben verbessert:

Abo-Monatskarte	50 Prozent Ermäßigung
Abo-Monatskarte über die Stadtgrenze hinaus	50 Prozent auf den Dresdner Anteil
4er-Karten	25 Prozent Ermäßigung
Bar-Monatskarte	25 Prozent Ermäßigung

Die Berechtigung zum Erwerb dieser ermäßigten Fahrkarten gilt für Inhaber/-innen des Dresden-Passes. Die Fahrkarten sind innerhalb des Begünstigtenkreises übertragbar. Die Übernahme der Zuschusskosten sind weiterhin je zur Hälfte durch die Landeshauptstadt Dresden sowie die Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB) zu tragen. Für die Landeshauptstadt Dresden sind die dafür notwendigen Mittel mit Beschluss des Doppelhaushaltes bereit gestellt.

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung des vorgenannten Beschlusspunktes zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 36 Nein 24 Enthaltung 0

5 Einigungsverfahren Gremienbesetzung - beschließende Ausschüsse

5.1 Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)

Beschluss:

**Ausschuss für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit
(Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen)**

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Hans-Joachim Brauns	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Gottfried Ecke	
Annett Grundmann	
Steffen Kaden	
Lothar Klein	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
Norbert Engemaier	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Thomas Grundmann	
Jens Matthis	
Pia Barkow	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Kerstin Harzendorf	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Michael Schmelich	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Christian Avenarius	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Dr. Christian Bösl	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Detlev Cornelius	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Thoralf Gebel	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

5.2 Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung)

Beschluss:

Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung)

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Heike Ahnert	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Dr. Georg Böhme-Korn	
Dr. Hans-Joachim Brauns	
Peter Krüger	
Gunter Thiele	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
Norbert Engemaier	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Jens Matthis	
Tilo Kießling	
Dr. Kristin Klaudia Kaufmann	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Michael Schmelich	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Jens Hoffsommer	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Thomas Blümel	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Wilm Heinrich	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Detlev Cornelius	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Holger Zastrow	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

5.3 Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau**Beschluss:****Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau*****CDU-Fraktion***

Mitglieder	Stellvertreter
Veit Böhm	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Ingo Flemming	
Lothar Klein	
Klaus Rentsch	
Gunter Thiele	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Martin Schulte-Wissermann	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Tilo Wirtz	
Dr. Kristin Klaudia Kaufmann	
Jacqueline Muth	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Johannes Lichdi	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Thomas Löser	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Hendrik Stalman-Fischer	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Thomas Blümel	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Jörg Urban	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Franz-Josef Fischer	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

5.4 Ausschuss für Wirtschaftsförderung**Beschluss:**

Ausschuss für Wirtschaftsförderung

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Veit Böhm	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Ingo Flemming	
Dietmar Haßler	
Steffen Kaden	
Anke Wagner	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
André Schollbach	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Andreas Naumann	
Tilo Wirtz	
Hans-Jürgen Muskulus	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Torsten Schulze	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Christiane Filius-Jehne	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Peter Lames	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Vincent Drews	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Detlev Cornelius	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Thoralf Gebel	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

5.5 Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofswesen)**Beschluss:**

Ausschuss für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofswesen)
--

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Veit Böhm	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Dr. Georg Böhme-Korn	
Peter Krüger	
Christa Müller	
Dr. Helfried Reuther	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Martin Schulte-Wissermann	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Dr. Margot Gaitzsch	
Andreas Naumann	
Kerstin Wagner	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Johannes Lichdi	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Dr. Wolfgang Deppe	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Peter Bartels	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Thomas Blümel	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Jörg Urban	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Holger Zastrow	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

5.6 Jugendhilfeausschuss

Das Gremium „Jugendhilfeausschuss“ ist für die gesamte Wahlperiode per Wahl besetzt worden.

Der TOP ist daher inhaltsleer.

Beschluss:

erledigt

5.7 Ausschuss für Kultur**Beschluss:**

Ausschuss für Kultur

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Gottfried Ecke	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Dietmar Haßler	
Lothar Klein	
Christa Müller	
Klaus Rentsch	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
Annekatriin Klepsch	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Jacqueline Muth	
Cornelia Eichner	
Anja Apel	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Christiane Filius-Jehne	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Ulrike Hinz	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Wilm Heinrich	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Dr. Peter Lames	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Gordon Engler	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Franz-Josef Fischer	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

5.8 Ausschuss für Soziales und Wohnen

Beschluss:

Ausschuss für Soziales und Wohnen

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Astrid Ihle	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Thomas Krause	
Peter Krüger	
Angelika Malberg	
Daniela Walter	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
Pia Barkow	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Hans-Jürgen Muskulus	
Kerstin Wagner	
Andreas Naumann	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Michael Schmelich	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Ulrike Caspary	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Vincent Drews	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Peter Bartels	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Stefan Vogel	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Jens Genschmar	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

5.9 Ausschuss für Gesundheit (Eigenbetriebe der Krankenhäuser)**Beschluss:****Ausschuss für Gesundheit
(Eigenbetriebe der Krankenhäuser)*****CDU-Fraktion***

Mitglieder	Stellvertreter
Gottfried Ecke	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Astrid Ihle	
Angelika Malberg	
Christa Müller	
Dr. Helfried Reuther	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
Hans-Jürgen Muskulus	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Jens Matthis	
Pia Barkow	
Cornelia Eichner	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Ulrike Hinz	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Dr. Wolfgang Deppe	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Peter Lames	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Vincent Drews	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Stefan Vogel	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Jens Genschmar	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

5.10 Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten)**Beschluss:**

Ausschuss für Sport (Eigenbetrieb Sportstätten)
--

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Dietmar Haßler	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Thomas Krause	
Peter Krüger	
Anke Wagner	
Daniela Walter	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Margot Gaitzsch	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Tilo Kießling	
Thomas Grundmann	
Jacqueline Muth	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Kati Bischoffberger	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Torsten Schulze	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Thomas Blümel	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Christian Avenarius	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Harald Gilke	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Jens Genschmar	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

5.11 Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen)**Beschluss:**

Ausschuss für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen)
--

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Heike Ahnert	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Annett Grundmann	
Astrid Ihle	
Thomas Krause	
Anke Wagner	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
Anja Apel	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Cornelia Eichner	
Tilo Wirtz	
Thomas Grundmann	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Ulrike Caspary	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Thomas Löser	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Dr. Christian Bösl	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Dana Frohwieser	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Harald Gilke	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Franz-Josef Fischer	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

5.12 Ausschuss für Petitionen und Bürgeranliegen**Beschluss:**

Ausschuss für Petition und Bürgeranliegen
--

CDU-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Annett Grundmann	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Steffen Kaden	
Angelika Malberg	
Christa Müller	
Dr. Helfried Reuther	

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Stellvertreter
Anja Apel	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Norbert Engemaier	
Kerstin Wagner	
Andreas Naumann	

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Stellvertreter
Torsten Schulze	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Kati Bischoffberger	

SPD-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Peter Bartels	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge
Dr. Christian Bösl	

Fraktion AfD

Mitglieder	Stellvertreter
Gordon Engler	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Stellvertreter
Jens Genschmar	alle Fraktionsmitglieder, welche nicht Mitglied sind, in alphabetischer Reihenfolge

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 62 Nein 0 Enthaltung 0

6 Einigungsverfahren Gremienbesetzung - Stellvertretung Beiräte - Fraktionssitze

6.1 Seniorenbeirat

Beschluss:

Seniorenbeirat

CDU-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Klaus Rentsch	N. N. (Meldung für den Stadtrat 03.09.2015)

Fraktion DIE LINKE.

Mitglied	Vertretung
Karl-Heinz Kathert	Hans-Jürgen Muskulus (bisher: N. N.)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/SPD-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Dr. Peter Müller	N. N. (Meldung für den Stadtrat 03.09.2015)

SPD-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Siegfried Müßig	N. N.

Fraktion AfD

Mitglied	Vertretung
Dr. Fritz Michalczyk	N. N.

FDP/FB-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Holger Zastrow	Wolfgang Krusch (bisher: N. N.)

Abstimmungsergebnis:

Einigung
Ja 63 Nein 0 Enthaltung 0

6.2 Ausländerbeirat

Beschluss:

Integrations- und Ausländerbeirat

CDU-Fraktion

Mitglieder	Vertretung
Angelika Malberg	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)
Dr. Helfried Reuther	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Vertretung
Hans-Jürgen Muskulus	Margot Gaitzsch (bisher: N. N.)
Kerstin Wagner	Andreas Naumann (bisher: N. N.)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Vertretung
Jens Hoffsommer	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)
Tina Siebeneicher	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)

SPD-Fraktion

Mitglieder	Vertretung
Vincent Drews	N. N.

Fraktion AfD

Mitglieder	Vertretung
Dr. Sven Dirks	N. N.

FDP/FB-Fraktion

Mitglieder	Vertretung
Jens Genschmar	Franz-Josef Fischer (bisher: N. N.)

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 61

Nein 0 Enthaltung 2

6.3 Beirat Gesunde Städte

Beschluss:

Beirat Gesunde Städte

CDU-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Astrid Ihle	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Vertretung
Prof. Dr. Dieter W. Scheuch	Cornelia Eichner (bisher: N. N.)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Vertretung
Kati Bischoffberger	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)

SPD-Fraktion

Mitglieder	Vertretung
Janett Schmiedgen	N. N.

Fraktion AfD

Mitglied	Vertretung
Hans-Joachim Klaudius	N. N.

FDP/FB-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Holger Zastrow	Dr. Thoralf Gebel (bisher: N. N.)

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

6.4 Kleingartenbeirat

Beschluss:

Kleingartenbeirat

CDU-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Dietmar Haßler	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Vertretung
Andreas Naumann	Jacqueline Muth (bisher: N. N.)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Vertretung
Dr. Wolfgang Deppe	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)

SPD-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Dorothee Marth	N. N.

Fraktion AfD

Mitglied	Vertretung
Martin Lenkeit	N. N.

FDP/FB-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Jens Genschmar	Holger Zastrow (bisher: N. N.)

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

6.5 Behindertenbeirat

Beschluss:

Beirat für Menschen mit Behinderungen

CDU-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Lothar Klein	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Vertretung
Anja Apel	Birger Höhn (bisher: N. N.)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Vertretung
Peter Müller	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)

SPD-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Dr. Cornelia Hähne	N. N.

Fraktion AfD

Mitglied	Vertretung
Dirk Taphorn	N. N.

FDP/FB-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Jens Genschmar	Barbara Lässig (bisher: N. N.)

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

6.6 Wohnbeirat**Beschluss:**
**Wohnbeirat
(zugleich „Beirat Wohnen“ im Sinne der Dresdner Sozialcharta)**
CDU-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Gottfried Ecke	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)
Gunter Thiele	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)

Fraktion DIE LINKE.

Mitglieder	Vertretung
Dr. Kristin Klaudia Kaufmann	Anja Apel (bisher: N. N.)
Tilo Wirtz	Thomas Grundmann (bisher: N. N.)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglieder	Vertretung
Thomas Löser	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)
Michael Schmelich	N. N. (Meldung erfolgt für den Stadtrat 03.09.2015)

SPD-Fraktion

Mitglieder	Vertretung
Peter Bartels	N. N.

Fraktion AfD

Mitglieder	Vertretung
Harald Gilke	N. N.

FDP/FB-Fraktion

Mitglied	Vertretung
Jens Genschmar	Franz-Josef Fischer (bisher: N. N.)

Abstimmungsergebnis:

Einigung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

7 Umbesetzungen im Ortsbeirat Prohlis**A0106/15
beschließend****Beschluss:**

1. Frau Gudrun Erfurt, bisher Stellvertreterin für Frau Eva Apfelbaum, wird Stellvertreterin für Frau Annett Adam.

2. Frau Christine Glede, bisher Stellvertreterin für Frau Annett Adam, wird Stellvertreterin für Frau Eva Apfelbaum.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

8 Umbesetzung im Ortsbeirat Neustadt

**A0108/15
beschließend**

Beschluss:

Das bisherige stellvertretende Mitglied Katja Meier ersetzt das bisherige Mitglied Michael Ton, dieser scheidet aus dem Ortsbeirat Neustadt aus.

Stellvertreter für Katja Meier wird Klemens Schneider.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

9 Umbesetzung im Ortsbeirat Blasewitz

**A0109/15
beschließend**

Beschluss:

Das bisherige Mitglied Reinhard Decker scheidet aus dem Ortsbeirat Blasewitz aus und wird durch Sebastian Lehmann ersetzt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

10 Besetzung von Stellvertretern in der Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e. V.

**A0105/15
beschließend**

Beschluss:

Die Besetzung der Verhinderungsvertreter der Mitglieder der CDU-Fraktion in der Kommunalgemeinschaft Euroregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge e. V. wird wie folgt benannt:

Vertreter	Verhinderungsvertreter
Dr. Georg Böhme-Korn	Astrid Ihle
Ingo Flemming	Dietmar Haßler
Gunter Thiele	Gottfried Ecke
Klaus Rentsch	Dr. Hans-Joachim Brauns
Thomas Krause	Peter Krüger

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

11 Wahl eines Amtsverwesers/einer Amtsverweserin**Beschluss:**

Vertagung

12 Tagesordnungspunkte ohne Debatte

Es erfolgt die Behandlung von TOP 16, TOP 17, TOP 19, TOP 21, TOP 22 und TOP 27.

13 Vertagungen Stadtratssitzung 7. Mai 2015**13.1 Wahl der Mitglieder des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden****V0157/14
beschließend****Beschluss:**

1. Der Stadtrat weist die Vertreter/-innen der Landeshauptstadt Dresden in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden an, bei der dort anstehenden Wahl von weiteren Mitgliedern des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. § 11 Abs. 1 des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe (ÖRKredInstG) für folgende Personen zu stimmen:

a) die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister

b) für die Gruppe der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates

Frau	Müller, Christa (Name, Vorname)	Stadträtin (Funktion)
------	------------------------------------	--------------------------

Herr	Kießling, Tilo (Name, Vorname)	Stadtrat (Funktion)
------	-----------------------------------	------------------------

c) als Stellvertreter/-in für die Gruppe der weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates

Herr	Heinrich, Wilm (Name, Vorname)	Stadtrat (Funktion)
------	-----------------------------------	------------------------

d) für die Gruppe der übrigen weiteren Mitglieder des Verwaltungsrates

Herr	Kaden, Steffen (Name, Vorname)	Stadtrat (Funktion)
------	-----------------------------------	------------------------

Herr	Hans, Torsten (Name, Vorname)	für den Stadtrat wählbar (Funktion)
------	----------------------------------	--

2. Der Stadtrat weist die Vertreter/-innen der Landeshauptstadt Dresden in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden an, bei der dort anstehenden Wahl von weiteren Mitgliedern des Verwaltungsrates der Ostsächsischen Sparkasse Dresden gemäß § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. § 11 Abs. 1 ÖRKredInstG die Vorschläge der übrigen Verbandsmitglieder zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis:

punktweise Zustimmung

13.2 Wahl der Vertreter/innen der Landeshauptstadt Dresden und ihrer Stellvertreter/innen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden

**V0159/14
beschließend**

Beschluss:

1. Die Oberbürgermeisterin vertritt die Landeshauptstadt Dresden in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden.
2. Der Stadtrat einigt sich nicht über die Entsendung von Stadträte/-innen als Vertreter/-innen der Landeshauptstadt Dresden und ihrer Stellvertreter/-innen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden.
3. Da keine Einigung nach Beschlusspunkt 2 zustande gekommen ist, wählt der Stadtrat folgende sieben Personen aus seiner Mitte als weitere Vertreter/-innen in die Zweckverbandversammlung für die Verbundsparkasse Ostsächsische Sparkasse Dresden sowie deren Stellvertreter/-innen:

CDU-Fraktion

Mitglied	Stellvertretung
Peter Krüger	Gottfried Ecke
Annett Grundmann	Dr. Georg Böhme-Korn
Christa Müller	Anke Wagner

Fraktion DIE LINKE.

Mitglied	Stellvertretung
Tilo Kießling	Jens Matthis
Anja Apel	Andreas Naumann

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Mitglied	Stellvertretung
Kerstin Harzendorf	Michael Schmelich

SPD-Fraktion

Mitglied	Stellvertretung
Wilm Heinrich	Thomas Blümel

Abstimmungsergebnis:

punktweise Zustimmung

14 Vertagungen Stadtratssitzung 18. Juni 2015**14.1 Wiederherstellung der originalen Fassung der Beleuchtung Kuppelhalle bei der Sanierung des Neuen Rathauses Dresden A0081/15 beschließend**

Herr Stadtrat Wirtz erläutert den Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Herr Stadtrat Dr. Brauns bringt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein.

Herr Stadtrat Dr. Gebel erachtet den Antrag der Fraktion DIE LINKE. als grundsätzlich kritisch. In diesem Zusammenhang regt er an, dass die Landeshauptstadt Dresden vielmehr zukunftsorientierte Beleuchtungskonzepte realisieren sollte, welche den Technologiestandort Dresden präsentieren. Daher werde die FDP/FB-Fraktion den Antrag sowie den Änderungsantrag ablehnen.

Herr Stadtrat Löser befürwortet den Antrag der Fraktion DIE LINKE. und lobt zugleich das Engagement der CDU-Fraktion zu der Thematik. Er merkt jedoch an, dass Hauptvoraussetzung für dieses Projekt die Fördermittel des Freistaates Sachsen sind. Ebenso begrüßt er die von Herrn Stadtrat Dr. Gebel vorgebrachten zukunftsorientierten Beleuchtungskonzepte.

Die SPD-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen, erklärt **Herr Stadtrat Dr. Lames**. Er erläutert, dass die zugesagten Fördermittel ebenso Steuergelder seien. Zukünftig werden dann diese Fördermittel ebenfalls bei anderen Vorhaben fehlen. Sodann bittet er Herrn Bürgermeister Vorjohann um Beantwortung folgender Fragen:

- Würde die Wiederherstellung der Kuppelhallenbeleuchtung zu Verzögerungen im Bauablauf führen?
- War die denkmalgerechte Sanierung der Kuppelhallenbeleuchtung in der Auseinandersetzung zwischen der Landeshauptstadt Dresden und den zuständigen Architekten ebenso Thematik?
- Würde die Zustimmung des Stadtrates zum Vorhaben die rechtliche Position der Landeshauptstadt Dresden in der Auseinandersetzung schwächen?

Herr Stadtrat Gilke lehnt ebenso den Antrag der Fraktion DIE LINKE. aufgrund der erheblichen Kosten ab.

Herr Bürgermeister Vorjohann geht auf die Fragen von Herrn Stadtrat Dr. Lames ein. Er erläutert, dass bei einer Wiederherstellung der Kuppelhallenbeleuchtung eine bauliche Verzögerung von mindestens einem Jahr einzuplanen sei. Daher werden vorerst Provisorien eingebaut. Zugleich betont er, dass die historische Beleuchtung die Kuppelhalle nicht optimal ausleuchten werde. Daher erfolge eine Kombination mit modernen Beleuchtungen. Weiterhin erklärt er, dass mit den Architekten keine rechtliche Auseinandersetzung vorliege. Gegen die entsprechende Kündigung wurde seitens der Architekten kein Widerspruch bzw. keine Klage eingereicht. Daher sei gegenwärtig nur noch deren Honorierung zu klären.

Herr Stadtrat Wirtz zitiert abschließend folgende Aktennotiz des Denkmalpflegeamtes vom 09.11.1964 bezüglich der damaligen Beleuchtungsmodernisierung in der Kuppelhalle:

„Wenn auch nun mehr die bedeutendste Monumentalmalerei und repräsentative Treppenanlage des 20. Jahrhunderts in ihrem ursprünglichen Charakter gerettet werden konnte, so bleibt doch dieses Zugeständnis bedauerlich. Es kann nur gehofft werden, dass eine spätere Zeit, die alte Ordnung wiederherstellt.“

Im Anschluss betont **Herr Stadtrat Wirtz**, dass der jetzige Stadtrat sich dieser Aufgabe anzunehmen habe.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion mehrheitlich zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung) mit 50 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Beleuchtung der Kuppelhalle des Neuen Rathauses Dresden in ihrer historischen Fassung wiederherstellen zu lassen. Dabei sind die in Aussicht gestellten Fördermittel des Freistaats Sachsen in der Größenordnung von 250.000 Euro in Anspruch zu nehmen und weitere Fördermöglichkeiten zu prüfen.

Finanzielle Auswirkungen:

Nachbau der Leuchten:	180.000,00 Euro
Installation:	100.000,00 Euro
Notbeleuchtung:	50.000,00 Euro
Fördersumme:	-250.000,00 Euro
Summe:	80.000,00 Euro

Diese Kosten sind aus dem Risikobudget für die Rathaussanierung, 1. Realisierungsabschnitt zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 50 Nein 12 Enthaltung 0

14.2 Strategiepapier zur Suchtprävention in Dresden

**V0327/15
beschließend**

Herr Stadtrat Baur bringt den Ergänzungsantrag ein.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag von Herrn Stadtrat Baur mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit (Eigenbetriebe der Krankenhäuser) mit 62 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt das Strategiepapier zur Suchtprävention in Dresden (Suchtprävention 2015 bis 2025).

2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zur Umsetzung des Strategiepapiers alle drei Jahre schriftlich Bericht zu erstatten sowie die Ziele und Maßnahmen des Strategiepapiers alle drei Jahre zu konkretisieren und dies dem Stadtrat zur Kenntnis zu geben.
3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, nach kommunalen verhältnispräventiven Möglichkeiten der Reduzierung von Alkohol- und Zigarettenkonsum und geeigneten Partnern dafür zu suchen und diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Für Maßnahmen zur Verhältnisprävention, insbesondere die Reduzierung des Alkohol- und Zigarettenkonsums an Orten an denen sich Dresdner Kinder, Jugendliche und Familien aufhalten, wird die Oberbürgermeisterin beauftragt auf die entsprechenden kommunalen Partner zu zugehen, um entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Für verhältnispräventive Maßnahmen im Entscheidungsrahmen des Stadtrates werden einzelne Vorlagen durch die Verwaltung erarbeitet.

4. Die Maßnahmen für Suchtprävention auf Grundlage des Strategiepapiers sind innerhalb der den Geschäftsbereichen und Organisationseinheiten der Landeshauptstadt Dresden im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 62 Nein 0 Enthaltung 0

14.3 Kinderbetreuung gut bezahlen: Eltern bei Mehraufwendungen für Ersatzbetreuung entlasten

**A0090/15
beschließend**

Beschluss:

Vertagung

15 Vergabe des Grundstückes Katharinenstraße 9, Änderung des Beschlusses zum Antrag A0843/14, SR/066/2014

**V0280/14
beschließend**

Beschluss:

Vertagung

16 Grunderwerb für den Schulstandort 32. Oberschule und Gymnasium Tolkewitz am ehemaligen "Straßenbahnhof Tolkewitz"

**V0478/15
beschließend**

Beschluss:

1. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Flurstücke 105/7, 104/16 und Teil von 122 der Gemarkung Tolkewitz gemäß der Vorlage beiliegendem Lageplan zum gutachterlichen Wert in Höhe von 4.719.994,00 Euro zzgl. rund 300.000 Euro Nebenkosten zu erwerben.
2. Die Projekte für die 32. Oberschule Sporthalle (HI.4020322) und Schulgebäude (HI.4020323) werden in die Budgeteinheit mit dem Gymnasium Tolkewitz 40_I_203 eingebunden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

17 Einbeziehung weiterer Beteiligungsgesellschaften in den Liquiditätsverbund der Landeshauptstadt Dresden**V0502/15
beschließend****Beschluss:**

Der Stadtrat stimmt der Erweiterung des bestehenden Liquiditätsverbundes der Landeshauptstadt Dresden – unter Berücksichtigung und Einhaltung der in Anlage 1 zur Vorlage benannten Vorgaben – um mittelbare Beteiligungen der Landeshauptstadt Dresden, auf die die Landeshauptstadt Dresden einen beherrschenden Einfluss im Sinne des § 290 Abs. 2 HGB hat, zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 62 Nein 2 Enthaltung 0

18 Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft für die STESAD GmbH**V0503/15
beschließend**

Herr Stadtrat **Cornelius** bringt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion ein.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der AfD-Fraktion mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung) mit 56 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft der Landeshauptstadt Dresden für die STESAD GmbH als Sicherheit zur Umschuldung eines bestehenden Kredites in Höhe von 80 Prozent des ausstehenden Kreditbetrages von bis zu 1.046 TEuro zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 56 Nein 2 Enthaltung 3

19 Langfristige Sicherung eines stabilen Zinsniveaus für Investitionsfinanzierungen für den Bereich Abwasser

**V0508/15
beschließend**

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt dem Abschluss des als Anlage zur Beschlussausfertigung (Stand 29. Juni 2015) beigefügten Zinssicherungs- und Eindeckungsauftrages („Funding Indemnity“) über einen Betrag in Höhe von 91.538.918,00 Euro ab 30. Dezember 2028 an das Bankenkonsortium bestehend aus der Landesbank Hessen-Thüringen Girozentrale („Helaba“), der Sächsischen Aufbaubank - Förderbank - und der Ostsächsischen Sparkasse Dresden zu.
2. Der Stadtrat stimmt dem Abschluss der als Anlage 2 zur Vorlage beigefügten Umsetzungsvereinbarung zum Konsortialvertrag zwischen der Landeshauptstadt Dresden und der GELSENWASSER AG zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 64 Nein 2 Enthaltung 0

20 Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Dresden

**V0489/15
beschließend**

Herr Stadtrat Krien bringt den Ergänzungsantrag ein und begründet diesen.

Herr Stadtrat Matthis kritisiert zunächst die Arbeitsweise des aktuellen Stadtrates und den zwischenmenschlichen Umgang miteinander. Anschließend geht er auf die grundsätzlichen Regelungswerke zum Stadtrat ein. In diesem Zusammenhang merkt er an, dass der Stadtrat nicht die originären Rechte eines Oberbürgermeisters regeln könne, und hofft daher auf eine gute Zusammenarbeit mit dem amtierenden Oberbürgermeister.

Sodann erfolgt eine eingehende Begründung zu den Zielen und Intentionen der Geschäftsordnungsänderung. Abschließend bedankt er sich für die gute Zusammenarbeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe.

Frau Stadträtin Harzendorf würdigt ebenso die konstruktive Zusammenarbeit der interfraktionellen Arbeitsgruppe sowie die Unterstützung der Verwaltung. Zugleich geht sie konkret auf die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und die Vorlage ein.

Gleichermaßen lobt **Herr Stadtrat Avenarius** die Arbeitsgruppe und die Verwaltung. Zudem betont er, dass die Geschäftsordnung lediglich einen formalen Rahmen zum demokratischen Diskurs bilde. Maßgeblich seien vor allem sachdienliche Debatten und ein fairer Umgang miteinander. Sodann geht er konkret auf die Vorlage und entsprechend strittige Punkte ein.

Herr Stadtrat Dr. Brauns kündigt an, dass die CDU-Fraktion sich enthalten werde. Dementsprechend folgt eine ausführliche Begründung sowie Erläuterung zu den Kritikpunkten.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag von Herrn Stadtrat Krien mehrheitlich ab.

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen) mit 42 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 27 Enthaltungen zu.

Beschluss:**1. Der Stadtrat beschließt die Änderung seiner Geschäftsordnung:**

I. Die Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Dresden vom 25. Februar 2010 wird wie folgt geändert:

1. a) § 2 Absatz 2 Satz 2 wird aufgehoben.

Der bisherige § 2 Absatz 2 Satz 3 wird wie folgt neu gefasst: „Sofern die Mitglieder einer Fraktion nicht auf Grundlage derselben Liste in den Stadtrat eingezogen sind, ist zusätzlich eine von allen Mitgliedern des Zusammenschlusses unterzeichnete Erklärung über die gemeinsam angestrebten kommunalpolitischen Ziele beizufügen.“

b) § 2 Absatz 5 wird neu zu § 2 Absatz 6 und der bisherige § 2 Absatz 6 neu zu § 2 Absatz 5.

c) Neu eingefügt wird folgender § 2 Absatz 7: „Arbeitnehmer der Fraktionen haben Zutritt zu den nicht öffentlichen Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse.“

2. In § 3 Absatz 1 Satz 3 werden nach dem Wort „schriftlich“ die Worte „oder in elektronischer Form“ eingefügt. Nach § 3 Absatz 2 Satz 6 werden folgende Sätze eingefügt: „Die Mitglieder des Stadtrates, die über die technischen Voraussetzungen zum Versenden und Empfangen elektronischer Post verfügen, können der Oberbürgermeisterin/dem Oberbürgermeister schriftlich eine Adresse mitteilen, an die Einladungen des Stadtrates rechtsverbindlich übersendet werden können. Für den Abruf oder die Übermittlung der zur Beratung erforderlichen Unterlagen kann das Ratsinformationssystem zum Einsatz kommen.“

Sollte eine Zusendung an die vom Mitglied des Stadtrates angegebene Adresse nicht erfolgreich sein, erfolgt ein wirksamer Zugang in diesem Sinne durch Übergabe der Unterlagen an die Fraktionsgeschäftsstelle für diejenigen, die damit einverstanden sind. Für fraktionslose Stadträte erfolgt der Zugang in diesem Sinne durch Eingang in ihrem Postfach im Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten, wenn sie damit einverstanden sind.“

3. a) § 4 a Absatz 1 wird wie folgt ergänzt:

Nach der Behandlung im Ältestenrat sind die Vorlagen und Anträge der Fraktionen unverzüglich an die festgelegten Gremien zu überweisen.

b) § 4 a Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst: „Die federführenden Ausschüsse, mitberatenden Ausschüsse, Beiräte nach § 47 SächsGemO, Ortsbeiräte, Ortschaftsräte und sonstigen Gremien sind im Ältestenrat zu beraten und durch die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister zu bestimmen.“

c) § 4 a Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst: „Vorlagen und Anträge sind vor der Beratung und Beschlussfassung im Stadtrat grundsätzlich in dem/den zuständigen Ausschuss/Ausschüssen, Beiräten nach § 47 SächsGemO, Ortsbeiräten, Ortschaftsräten und sonstigen zuständigen Gremien zu beraten.“

Nach § 4 a Absatz 2 Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt: „Die erste und die abschließende Beratung erfolgen im federführenden oder im beschließenden Ausschuss.“

4. § 6 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst: „Die Nutzung und Verbreitung genehmigter Aufzeichnungen bedarf des schriftlichen Einverständnisses jedes Mitgliedes des Stadtrates, dessen Bild bzw. Stimme aufgezeichnet bzw. veröffentlicht werden soll.“

5. § 11 Absatz 7 wird wie folgt neu gefasst: „Liegt zu einem Verhandlungsgegenstand, der dem Stadtrat vorliegt, ein einstimmiges Votum des vorberatenden federführenden Ausschusses vor, findet eine Beratung nur auf Antrag aus der Mitte des Stadtrates statt. Die

bei Aufruf eines Tagesordnungspunktes vorliegenden Änderungs- und Ergänzungsanträge sind unmittelbar im Anschluss an die Vorstellung der Vorlage bzw. des Antrages vorzubringen und zu begründen. Nach Abschluss der Debatte durch Erschöpfung der Rednerliste oder Geschäftsordnungsbeschluss, hat der Antragsteller das Schlusswort, sofern nicht darauf verzichtet wird.“

6. a) § 13 erhält folgende neue Überschrift „Besondere Anträge zur Geschäftsordnung“.

b) § 13 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst: „Die Wiederholung der Zählung erfolgt auf gesonderten Antrag in namentlicher Abstimmung.“

7. a) § 16 Absatz 1 Satz 3 wird wie folgt neu gefasst: „Änderungsanträge – dies sind auch Ergänzungs- und Ersetzungsanträge – sind vor dem Hauptantrag abzustimmen, wobei für die Reihenfolge der Grad der Abweichung vom Hauptantrag maßgebend ist; der Änderungsantrag, der am weitesten abweicht, ist als Erster abzustimmen.“

b) § 16 Absatz 4 Satz 1 wird aufgehoben.

c) § 16 Absatz 7 wird aufgehoben.

8. a) § 18 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst: „Die Aktuelle Stunde findet auf Antrag einer Fraktion statt. Sie muss sich auf ein Thema beziehen, das in die Zuständigkeit des Stadtrates fällt. In einer Sitzung können bis zu zwei Aktuelle Stunden stattfinden, die von verschiedenen Fraktionen beantragt sein müssen. Bei der Verteilung sollen alle Fraktionen angemessen berücksichtigt werden. Fraktionen, deren Anträge in einer Sitzung unberücksichtigt bleiben, sind in den folgenden Stadtratssitzungen vorrangig zu berücksichtigen. Der Antrag, der die Schwerpunkte der Aussprache benennen soll, ist spätestens 14 Tage vor einer Sitzung einzureichen, soll von der Oberbürgermeisterin/vom Oberbürgermeister den anderen Fraktionen zur Kenntnis gegeben und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden.“

b) § 18 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst: „Jeder Fraktion, wie auch der Verwaltung, stehen jeweils 5 Minuten Redezeit zu.“

9. a) § 19 Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt neu gefasst: „Sie sind von der Oberbürgermeisterin/ vom Oberbürgermeister in angemessener Frist, die grundsätzlich 4 Wochen beträgt, zu beantworten.“

§ 19 Absatz 1 Satz 3 wird aufgehoben.

§ 19 Absatz 1 wird um folgenden Passus ergänzt: „Sollte die Antwort vertrauliche Informationen enthalten, so sind genau die Passagen, welche vertraulich zu behandeln sind, zu kennzeichnen.“

b) § 19 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt neu gefasst: „Mündliche Anfragen der Mitglieder des Stadtrates an die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister in Angelegenheiten der Gemeinde können in der Plenarsitzung des Stadtrates unter dem Tagesordnungspunkt "Fragestunde" gestellt werden.“

c) § 19 Absatz 3 Satz 8 wird wie folgt gefasst: „Werden in der Sitzung Aktuelle Stunden durchgeführt, reduziert sich die Fragestunde um eine Fragerunde je Aktueller Stunde.“

d) In § 19 Absatz 4 Satz 1 wird das Wort „Viertel“ durch das Wort „Fünftel“ ersetzt.

Die Mietzeit beginnt in der Regel eine Stunde vor Beginn und endet eine Stunde nach Ende der Veranstaltung. Für jede angefangene Stunde wird der volle Stundensatz berechnet.

Bei Vorliegen der folgenden Voraussetzungen wird in der Regel der Mietzins auf 40 Prozent reduziert:

- ~~— öffentliche oder nicht öffentliche Veranstaltung eines gemeinnützigen Trägers in den Bereichen Kunst und Kultur oder~~
- öffentliche Veranstaltungen eines gemeinnützigen Trägers **in öffentlichem Interesse** in den Bereichen politische Bildung, Wissenschaft, Sozialwesen, **Kunst und Kultur**.

Der Mietzins für eine Überlassung der Räumlichkeiten für Probezwecke wird auf **20 Prozent** reduziert.

~~Der Amtsleiter des Amtes für Kultur und Denkmalschutz~~ **Beigeordnete für Kultur und Tourismus** kann für Veranstaltungen im besonderen Interesse der Landeshauptstadt Dresden im Rahmen einer Einzelfallentscheidung eine Rabattierung bis auf 10 Prozent des Mietzinses einräumen. Als Nachweis für die Gemeinnützigkeit dient der Freistellungsbescheid des Finanzamtes.“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 65 Nein 0 Enthaltung 1

22 Eintrittspreise der Dresdner Musikfestspiele 2016

**V0486/15
beschließend**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Eintrittspreise der Dresdner Musikfestspiele 2016 gemäß Anlage 1 zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung
Ja 65 Nein 0 Enthaltung 0

23 Fortschreibung Fachplan Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für das Schuljahr 2015/2016

**V0296/15
beschließend**

Herr Stadtrat Blümel beantragt die Rücküberweisung der Vorlage an den Ausschuss für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung). Es erfolgt eine ausführliche Begründung.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion mit 36 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Abstimmungsergebnis:

Verweisung

- 24 Schließung der Kindertageseinrichtung Oskar-Seyffert-Straße 11 in 01189 Dresden V0314/15 beschließend**

Beschluss:

Vertagung

- 25 Aufnahme der Kindertageseinrichtung Darwinstraße 19 in 01109 Dresden in den Bedarfsplan der Landeshauptstadt Dresden unter der Trägerschaft des Caritasverbandes für Dresden e. V. V0340/15 beschließend**

Frau Stadträtin Barkow kündigt an, dass die Fraktion DIE LINKE. einen Antrag zu einer Zusatzvereinbarung für die Kindertageseinrichtungen in freier Trägerschaft erarbeiten werde, welche die Diskriminierung von Arbeitnehmern ausschließe. Es erfolgt eine ausführliche Begründung.

Frau Stadträtin Ahnert stellt den von Frau Stadträtin Barkow in der Begründung erläuterten Sachverhalt richtig.

Herr Stadtrat Krien merkt an, dass die rechtliche Grundlage zum Diskriminierungsverbot sowie die Diskriminierung von Kindern und Eltern ergänzt werden sollte. Sodann erläutert er seine persönlichen Erfahrungen.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses mit 54 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt, vorbehaltlich der Erteilung der Betriebserlaubnis, die Aufnahme der Kindertageseinrichtung Darwinstraße 19 in 01109 Dresden in den Bedarfsplan Kindertageseinrichtungen Dresden.
2. Der Stadtrat beschließt die Bezuschussung der zur Betriebsführung notwendigen Betriebskosten nach SächsKitaG zum 1. Juli 2016 bzw. zum Ersten des Folgemonats nach dem Stadtratsbeschluss, vorbehaltlich der Erteilung der Betriebserlaubnis.
3. Die Kindertageseinrichtung Darwinstraße 19 in 01109 Dresden soll auf der Grundlage eines Mietvertrages durch den Träger Caritasverband für Dresden e. V. betrieben werden.
4. Die Oberbürgermeisterin wird, vorbehaltlich der Erteilung der Betriebserlaubnis, mit dem Abschluss einer Vereinbarung zur Betriebsführung und Betriebskostenfinanzierung (Anlage 1 zur Vorlage) beauftragt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 54 Nein 0 Enthaltung 8

- 26 Aufnahme der Kindertageseinrichtung Loschwitzter Straße 23 in den Bedarfsplan der Landeshauptstadt Dresden unter der Trägerschaft der BEB Dienstleistung GmbH Dresden-Mitte** **V0341/15**
beschließend

Beschluss:

Vertagung

- 27 Trägerschaftswechsel der Kindertageseinrichtung Pirnaer Landstraße 191 in 01257 Dresden vom Träger KILALOMA e. V. zum Träger Berufsbildungswerk Sachsen GmbH** **V0411/15**
beschließend

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Trägerschaftswechsel der Kindertageseinrichtung Pirnaer Landstraße 191 in 01257 Dresden vom Träger KILALOMA e. V. zum Träger Berufsbildungswerk Sachsen GmbH zum 1. Juli 2015.
2. Der Stadtrat beschließt die Bezuschussung der zur Betriebsführung notwendigen Betriebskosten nach SächsKitaG zum 1. Juli 2015.
3. Der Stadtrat beschließt für eine Laufzeit von 15 Jahren nach Eröffnung des Ersatzneubaus der Grundschule und des Hortes und vorbehaltlich der Erteilung der Betriebserlaubnis die Übernahme der Refinanzierungskosten für den Hort, sofern die Einrichtung im Refinanzierungszeitraum als Hort betrieben wird.

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, den Stadtrat über den erwarteten Restwert des Gebäudes und die Möglichkeiten des Ausgleichs, wie beispielsweise die weitere öffentliche Nutzung, zu informieren.

4. Die Oberbürgermeisterin wird mit dem Abschluss einer Vereinbarung zur Betriebsführung und Betriebskostenfinanzierung, Qualitätssicherung und -entwicklung beauftragt.
5. Die Oberbürgermeisterin wird mit dem Abschluss einer Zusatzvereinbarung mit dem Träger zum Erbbaurechtsvertrag beauftragt, welche den Verzicht des Trägers auf Entschädigung beinhaltet, falls er öffentliche Gelder der Landeshauptstadt Dresden für Investitionen oder Werterhaltung für Gebäude und Anlagen von Schule und Hort erhalten hat und diese Gebäude und Anlagen noch nicht abgeschrieben sind. Diese Vereinbarung gilt als Voraussetzung des Trägerschaftswechsels.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

- 28 Vorgaben der Landeshauptstadt Dresden für die anstehende Neukonzessionierung der Straßenbahn- und Buslinien sowie einer Direktvergabe an die Dresdner Verkehrsbetriebe (DVB) AG** **V0435/15**
beschließend

Herr Stadtrat Lichdi lobt die gute Zusammenarbeit zwischen dem Stadtrat, den Ortsbeiräten und Ortschaftsräten sowie der Verwaltung bei dieser Vorlage. In diesem Zusammenhang bedankt er sich bei der Verwaltung und der Dresdner Verkehrsbetriebe AG. Zugleich merkt er an, dass die Ortsbeiräte und Ortschaftsräte weiterhin so in die Arbeit des Stadtrates einbezogen werden sollten. Sodann geht er konkret auf die Vorlage ein.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 64 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt das vorgeschlagene Busliniennetz 2017 gemäß Anlage 1 (zuletzt geändert am 24. Juni 2015 – Anlage zur Beschlussausfertigung).
2. Der Stadtrat bestätigt die Bildung eines Linienbündels im Straßenbahnverkehr gemäß Anlage 2 zur Vorlage.
3. Der Stadtrat nimmt die vorgeschlagenen mittelfristigen Veränderungen im Straßenbahn- und Busnetz gemäß Anlage 3 zur Vorlage zur Kenntnis. Die Oberbürgermeisterin wird mit der Schaffung der Voraussetzungen zur schrittweisen Umsetzung der geplanten Änderungen im Bus- und Straßenbahnnetz beauftragt.
4. Der Stadtrat bestätigt die Qualitätsstandards für den ÖPNV gemäß Anlage 4 (zuletzt geändert am 24. Juni 2015 – Anlage zur Beschlussausfertigung).
5. Der Stadtrat nimmt die aktualisierte Anlage 5 (zuletzt geändert am 24. Juni 2015 – Anlage zur Beschlussausfertigung) zur Kenntnis.
6. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die DVB um Prüfung
 1. folgender Netzergänzungen
 - a) Blasewitz
 - aa) ergebnisoffene Prüfung des Straßenbahnkorridors bei einer Weiterführung der Straßenbahnlinie vom Wasaplatz zum Schillerplatz unter Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes,
 - bb) Erschließung der Winterbergstraße zwischen Nätherstraße und Oskar-Röder-Straße,
 - b) Mobschatz/Oberwartha
Betrieb der Linien 91 und 93 durch die DVB-AG nach 2019,
 - c) Neustadt
Bessere Erschließung des Jägerparks und Preussischen Viertels mit der Äußeren Neustadt durch Änderung der Linienführung 74 entsprechend der Beschlussempfehlung des Ortsbeirats Neustadt vom 15. Juni 2015,
 - d) Pieschen
Erschließung des Gebiets Döbelner Straße,
 - e) Prohlis
verbesserte Anbindung von Kauscha, insbesondere in den Abendstunden und am Wochenende; insbesondere soll eine Verlängerung der Linie 88 zu den Abend- und Nachtzeiten bis Goppeln betrachtet werden, falls die geplante Wendeschleife im Gewerbegebiet Kauscha nicht realisierbar sein sollte,

2. ggf. in Varianten bezüglich der

- a) Machbarkeit,
- b) Kosten,
- c) Abschätzung der erreichbaren Fahrgastzahlen,
- d) Angebot (Takt, Bedienung am Abend und am Wochenende) und
- e) Haltestellen

bis zum 1. Mai 2016 zu bitten, sowie den jeweiligen Ortschaftsräten oder Ortsbeiräten und dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Bau vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 64 Nein 0 Enthaltung 0

- 29 Bebauungsplan Nr. 304, Dresden-Weißig Nr. 15, Am Linden-
berg
hier:
1. Abwägungsbeschluss
2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung und
der zusammenfassenden Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB
zum Bebauungsplan**

**V0454/15
beschließend**

Frau Arnold, Vertreterin der betroffenen Familie in Dresden-Weißig, stellt sich zunächst vor und spricht ihren Dank aus. Sodann erläutert sie die Entstehungsgeschichte zum Bebauungsplan „Am Lindenberg“ in Dresden-Weißig. Anschließend geht sie auf die Gründe für diesen Bebauungsplan ein und bittet den Stadtrat um die entsprechende Zustimmung.

Herr Stadtrat Löser erläutert eingehend die Gründe für eine Ablehnung des Bebauungsplanes. Weiterhin kritisiert er die in der Vergangenheit verfehlte Siedlungspolitik und fordert die Stadträte zum politischen Umdenken auf. Abschließend merkt er an, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bestimmte Punkte ablehnen bzw. sich dazu enthalten werden, um die verschiedenen Interessengruppen zu vertreten.

Herr Stadtrat Dr. Lames bedankt sich bei Frau Arnold für die Ausführungen und rügt zugleich die ablehnende Entscheidung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau. Sodann geht er konkret auf die Argumente für eine Bebauung und den Bebauungsplan „Am Lindenberg“ in Dresden-Weißig ein.

Herr Stadtrat Dr. Gebel befürwortet den Bebauungsplan und appelliert an die Stadträte aus Verantwortung dieser Vorlage zu zustimmen. Im Anschluss erfolgt eine ausführliche Begründung.

Frau Stadträtin Walter kritisiert ebenso die Entscheidung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau. Zugleich geht sie auf die Entwicklung des Bebauungsplans ein und argumentiert für dessen Realisierung.

Herr Stadtrat Wirtz erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE. sich zu der Thematik enthalten werde. Es folgt eine entsprechende Begründung. Abschließend betont er die Verpflichtung zur Erneuerung der Wohn- und Siedlungspolitik.

Abstimmung zu V0454/15:

Der Stadtrat lehnt die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 4 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 25 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt der Vorlage mit 38 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 26 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat prüft die während des Verfahrens zum Bebauungsplan abgegebenen Stellungnahmen. Der Stadtrat beschließt über die Abwägung wie aus Anlage 1 zur Vorlage ersichtlich.
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Bebauungsplan redaktionell geändert wurde, jedoch von einer erneuten öffentlichen Auslegung und auch von einer vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes abgesehen werden kann.
3. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Bebauungsplan nicht aus dem Flächennutzungsplan entwickelt wurde.
4. Der Stadtrat beschließt aufgrund des § 10 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 304, Dresden-Weißig Nr. 15, Am Lindenberg, in der Fassung vom März 2015, bestehend aus der Planzeichnung mit Zeichenerklärung sowie zeichnerischen und textlichen Festsetzungen, als Satzung und billigt die Begründung hierzu sowie die zusammenfassende Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 3

8 Nein 3 Enthaltung 26

- 30 Flächennutzungsplan-Änderung Nr. 31, Ortschaft Schönfeld-Weißig, Teilbereich Am Lindenberg**
- hier:**
- 1. Beschluss über Stellungnahmen aus dem frühzeitigen Beteiligungsverfahren**
 - 2. Beschluss über Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung**
 - 3. Abschließender Beschluss zur 31. Änderung des Flächennutzungsplanes und Billigung der Begründung mit Umweltbericht zur Flächennutzungsplan-Änderung sowie der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 BauGB**

**V0455/15
beschließend**

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 4 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 26 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt der Vorlage mit 38 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 24 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat prüft die während der frühzeitigen Behördenbeteiligung zum Vorentwurf der Flächennutzungsplan-Änderung abgegebenen Stellungnahmen. Der Stadtrat beschließt über die Stellungnahmen wie aus der Anlage 1 b zur Vorlage ersichtlich.

2. Der Stadtrat prüft nach § 3 Abs. 2 Satz 4 Halbsatz 1 BauGB die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 31. Änderung des Flächennutzungsplanes von der Öffentlichkeit und von den Behörden sowie sonstigen Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen. Der Stadtrat beschließt über die Stellungnahmen wie aus den Anlagen 2 a und 2 b zur Vorlage ersichtlich.
3. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Flächennutzungsplanes in der Fassung vom 10. März 2011 (Anlage 3 a zur Vorlage) abschließend und billigt die Begründung mit Umweltbericht in der Fassung vom 10. März 2011 (Anlage 3 b zur Vorlage) sowie die zusammenfassende Erklärung in der Fassung vom 9. März 2012 (Anlage 3 c zur Vorlage).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 38 Nein 5 Enthaltung 24

- | | | |
|-----------|--|--|
| 31 | Bebauungsplan Nr. 3001, Dresden-Neustadt Nr. 39, Gehestraße
hier:
1. Änderung der Grenze des Bebauungsplanes
2. Billigung des Entwurfs zum Bebauungsplan
3. Billigung der Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf
4. Durchführung des Beteiligungsverfahrens zum Bebauungsplan-Entwurf | V0473/15
beschließend |
|-----------|--|--|

Herr Stadtrat Wirtz bringt den interfraktionellen Änderungsantrag ein.

Aufgrund des interfraktionellen Änderungsantrages zieht **Herr Stadtrat Böhm** den Änderungsantrag der CDU-Fraktion zurück. Zugleich kritisiert er die Verfahrensweise der Verwaltung und betont die Notwendigkeit von Parkmöglichkeiten in diesem Bereich.

Herr Stadtrat Thiele kritisiert die Verfahrensweise und das Verhalten der Verwaltung zu dem Sachverhalt. In diesem Zusammenhang fordert er von der Verwaltung, dass zukünftige Konflikte vorab geklärt werden, um die entsprechenden Vorhaben und Projekte nicht zu gefährden.

Herr Zweiter Bürgermeister Sittel stimmt den Ausführungen von Herrn Stadtrat Thiele zu.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem interfraktionellen Änderungsantrag mit 65 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

Der Stadtrat stimmt der so geänderten Beschlussempfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bau mit 64 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt nach § 2 Abs. 1 i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB, den Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 3001, Gehestraße entsprechend Anlage 2 zur Vorlage zu ändern.
2. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass der Bebauungsplan von den Darstellungen des Flächennutzungsplans abweicht und die Anpassung des Flächennutzungsplans nach in Kraft treten des Bebauungsplanes im Wege der Berichtigung erfolgt.

3. Der Stadtrat billigt den Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 3001, Dresden-Neustadt Nr. 39, in der Fassung vom 17. März 2015 (Anlage 3 zur Vorlage – Änderungen siehe Beschlusspunkt 7).
4. Der Stadtrat billigt die Begründung zum Bebauungsplan-Entwurf in der Fassung vom 17. März 2015 (Anlage 4 zur Vorlage).
5. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB abgesehen wurde. Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit auf Grundlage von § 13 a Abs. 3 Nr. 2 BauGB hat stattgefunden.
6. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 3001, Dresden-Neustadt Nr. 39 nach § 13 a Abs. 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Abs. 2 Nr. 2 Alternative 2 i. V. m. § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer von 1 Monat öffentlich auszulegen und nach § 13 Abs. 2 Nr. 3 Alternative 2 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB die Beteiligung der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchzuführen.
7. Der Stadtrat beschließt folgende Ergänzungen und Änderungen:

1. Änderung in der Anlage 3 der Vorlage, Blatt 2 im Punkt 8.3

„Über die öffentliche Grünfläche, Zweckbestimmung Bürgerpark dürfen bis zu drei Zufahrten des Schulgrundstückes zur Gehestraße geführt werden. **Die östliche Seite der mittleren Zufahrt kann beginnend von der Gehestraße mit Stellplätzen versehen werden, die für die Gemeinbedarfsfläche Nr. 1 erforderlich sind, auf dieser aber nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand geschaffen werden können. Es ist abzusichern, dass diese dem Stellplatzbedarf der Schulen zur Verfügung stehen.**“

2. Änderung in der Anlage 3 der Vorlage, Blatt 2 im Punkt 7

„In der festgesetzten öffentlichen Grünfläche ~~können kann~~ ausnahmsweise ~~eine Fläche~~ **Flächen** des Schulgrundstückes ~~von 200 m² 75 m²~~ zum Aufstellen von Abfallbehältern eingeordnet werden, wenn dies für die Hausmüllversorgung der Schule erforderlich ist. **Die schulischen Aufstellflächen für Abfallbehälter in der festgesetzten öffentlichen Grünfläche sind nachweislich auf das erforderliche Maß zu reduzieren und dürfen eine Fläche von 200 m² nicht übersteigen.**“

3. Änderung in der Anlage 3 der Vorlage, Blatt 2 im Punkt 8.3

Satz 3 wird gestrichen:

„**Eine der Zufahrten kann in Breite und Wendemöglichkeit so ausgebildet werden, dass ein kurzzeitiges Halten von PKW für „Kiss and Ride“ möglich ist.**“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 64 Nein 0 Enthaltung 4

32 Umgang mit Kleingartenanlagen im Abflussbereich der Elbe

V0105/14
beschließend

Frau Stadträtin Frohwieser bringt einen Änderungsantrag der SPD-Fraktion ein.

Herr Stadtrat Krien erläutert seinen Ergänzungsantrag.

Herr Stadtrat Dr. Deppe spricht sich für die Vorlage aus. Er schildert welche Bedeutung der Hochwasserschutz für Dresden hätte. Es sei offenkundig, welche enormen Probleme z. B. durch weggeschwemmtes Holz entstehen. Die Vorlage zeige auf, dass der Hochwasserschutz Priorität hätte, aber die Interessen der Kleingärten gewahrt bleiben. Er weist auf die positiven Voten der vorberatenden Gremien hin.

Herr Stadtrat Dr. Reuther plädiert für die Vorlage und schildert den Verlauf des Hochwassers. Die CDU-Fraktion werde den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ablehnen.

Herr Stadtrat Naumann erklärt, die Vorlage sei im Interesse der Kleingärtner. Die Fraktion DIE LINKE. werde der Vorlage zustimmen. Den Änderungsantrag der SPD-Fraktion halte er persönlich für nicht gut.

Herr Stadtrat Lichdi äußert sich negativ zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion. Die Grundlagen der Dresdener Hochwasserpolitik sollten nicht in Frage gestellt werden.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion mit 10 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat lehnt den Ergänzungsantrag von Herrn Stadtrat Krien mit 2 Ja-Stimmen, 64 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen ab.

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Kommunalwirtschaft (Eigenbetrieb Friedhofswesen) mit 60 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen zu.

Beschluss:

1. Der Stadtrat nimmt zur Kenntnis, dass das Ereignis des Hochwassers 2013 die Notwendigkeit des schrittweisen Rückbaus/der schrittweisen Verlagerung von Kleingärten aus dem Abflussbereich der Elbe nachdrücklich bestätigt hat und dass im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung bereits Teile folgender Kleingartenanlagen beseitigt werden: KGV „Ostragehege“ e. V., „Die Ufergärten“ e. V., „Berchtesgadener Straße“ e. V., „An dem Zschiebach I“ e. V., „Dresden-Altleuben“ e. V., „Neu-Leuben“ e. V., „Elbtal II“ e. V., „Leubener Wiesen“ e. V.
2. Der Stadtrat beauftragt deshalb die Oberbürgermeisterin:
 - 2.1 Die Verlagerung/den Rückbau der Baulichkeiten der in Anlage 2 unter der Priorität 1 und 2 der Vorlage benannten Kleingärten zu veranlassen.
 - 2.2 Die betroffenen Kleingartenflächen weitestgehend von bebautem Kleingartenland in unbebautes kleingärtnerisch genutztes Land zu wandeln und weiter zu verpachten.
 - 2.3 Das Kleingartenentwicklungskonzept (KEK) fortzuschreiben
 - 2.4 Die in den Jahren 2015/2016 für die Verlagerung/den Rückbau der Baulichkeiten, die Entschädigung sowie für die Fortschreibung des Kleingartenentwicklungskonzeptes erforderlichen Mittel werden gemäß Anlage 1 der Vorlage im Haushaltsjahr 2015 bereitgestellt. Über die ab dem Jahr 2017 erforderlichen Mittel wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2017/2018 entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 60 Nein 0 Enthaltung 8

33 Verbesserung des Livestreamings von Stadtratssitzungen**A0065/15
beschließend**

Herr Stadtrat Kaden bringt einen Änderungsantrag der CDU-Fraktion ein. Wenn dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion zugestimmt werde, könne die CDU-Fraktion dem so geänderten Antrag zustimmen.

Herr Stadtrat Engemaier meint, die Sitzungen des Stadtrates hätten viele Zuschauer. Er erläutert die Vorteile des Livestreaming und wie dieses verbessert werden könne.

Frau Stadträtin Harzendorf erläutert, warum der Punkt (Punkt 1, letzter Anstrich im Beschlussvorschlag) „die Mitschnitte werden unter dem Lizenzmodell CCO veröffentlicht“ nicht gestrichen werden dürfe, wie im Änderungsantrag der CDU-Fraktion vorgeschlagen werde.

Abstimmung:

Der Stadtrat lehnt den Änderungsantrag der CDU-Fraktion mit 28 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung ab.

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung, Ordnung und Sicherheit (Eigenbetrieb IT-Dienstleistungen) mit 39 Ja-Stimmen, 29 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bei Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Redenden durch angemessene Information und Einwilligungsmodalitäten folgende Verbesserungen zu prüfen, entsprechende Angebote für die einzelnen Anforderungen einzuholen und diese dem Stadtrat zum Beschluss vorzulegen.

1. Zur Verbesserung des Livestreamings der Stadtratssitzungen:

- Neben dem Video-Livestream wird auch ein reiner Audiostream angefertigt.
- Im Videostream werden die Namen der Redenden bzw. der Tagesordnungspunkt angezeigt.
- Die Aufzeichnungen werden mindestens für 5 Jahre öffentlich zugänglich archiviert.
- Bei der Archivierung werden die Aufzeichnungen um Verweise zu den Sitzungsunterlagen sowie Beifügung der jeweiligen Tagesordnung angereichert.
- Die Aufzeichnungen werden so archiviert, dass es möglich ist per URL direkt zu einer bestimmten Stelle jeder Aufzeichnung zu springen.
- Die Mitschnitte werden unter dem Lizenzmodell CCO veröffentlicht.
- Es findet eine (gegebenenfalls automatisierte) Untertitelung sowie die Einblendung einer Gebärdendolmetscherin oder eines Gebärdendolmetschers statt.

2. Zur Erhöhung der Transparenz der weiteren Gremiensitzungen die öffentlichen Teile der Ausschuss- und Beiratssitzungen zumindest als Audioprotokoll zeitnah nach der Sitzung öffentlich zugänglich zu archivieren sowie die Audioprotokolle der nicht öffentlichen Teile den Gremienmitgliedern zugänglich zu machen.

3. Zu prüfen wie eine Audio- und/oder Videoübertragung von Einwohner/-innen- und Bürger/-innenversammlungen sowie anderen Informationsveranstaltungen der Stadt von breitem Interesse umgesetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 39 Nein 29 Enthaltung 1

34 Ein städtischer Beitrag zum Wohnungsbau in Dresden

**A0067/15
beschließend**

Beschluss:

Vertagung

35 Gründung einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft

**A0072/15
beschließend**

Beschluss:

Vertagung

36 Mietpreisbremse für Dresden

**A0066/15
beschließend**

Frau Stadträtin Dr. Kaufmann bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Stadtrat Bartels möchte, dass Wohnungsknappheit und überteuerte Mieten wie in anderen Großstädten vermieden werden.

Herr Stadtrat Dr. Gebel nennt die gesetzlichen Bedingungen für eine Mietpreisbremse. Er sehe nicht, dass sie in Dresden erfüllt würden. Die FDP/FB-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Herr Stadtrat Flemming merkt an, dass die Begründung des Antrages fehle. Eine Prüfung wäre notwendig. Die CDU-Fraktion wird nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Schmelich betont, dass der Wohnungsmarkt in eine angespannte Lage geraten würde. Der Staat müsse handeln, wenn der freie Markt an seine Grenzen stoße. Der Antrag sei nur ein Schritt in die richtige Richtung.

Frau Stadträtin Dr. Kaufmann entgegnet, dass der Freistaat Sachsen eine Analyse durchführen wird und es daher nicht nötig wäre, dass die Stadt Dresden ebenfalls eine Prüfung veranlasse. Sie zeigt auf, dass die Bedingungen für eine Mietpreisbremse gegeben wären.

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales und Wohnen mit der Änderung des Datums in Punkt 3 in 31.08.2015 mit 38 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. bei der Sächsischen Staatsregierung einen Antrag zu stellen, dass per Rechtsverordnung im Sinne der §§ 556d ff. BGB für die Stadt Dresden als Kommune mit hoher Wohnraumnappheit und kontinuierlich steigenden Mieten die Kappungsgrenze bei Neuvermietungen von Bestandswohnungen maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete laut aktuellem Dresdner Mietspiegel betragen darf.
2. entsprechend des seitens des Bundes vorgegebenen Indikatorensystems unverzüglich selbst für die statistischen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Antragstellung zu sorgen, indem die erforderlichen, den oben genannten Antrag begründenden Daten an den Freistaat Sachsen übermittelt werden (z. B. Mietspiegeldaten, Datengrundlage für das aktuelle schlüssige Konzept des Wohnungsmarktberichtes 2015 [noch unveröffentlicht] u. a.)
3. dem Stadtrat die an die Landesregierung ergangenen Rechercheergebnisse inklusive Begründungen umgehend zur Kenntnis zu geben sowie spätestens bis zum 31. August 2015 über die Erfüllung der oben genannten Beschlusspunkte in geeigneter Weise zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 38 Nein 31 Enthaltung 0

**37 Ein Rathaus für die Bürger - Konzept für Verwaltungsstandorte A0074/15
beschließend**

Herr Stadtrat Blümel bringt den Antrag ein und gibt eine Begründung ab.

Herr Stadtrat Dr. Brauns spricht sich deutlich gegen den Antrag aus. Die CDU-Fraktion lehnt den Antrag ab.

Der Stadtrat stimmt der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Liegenschaften (Eigenbetrieb Stadtentwässerung) mit 31 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt,

1. gemeinsam mit Bürgern, Mitarbeitern und Stadträten in einem geeigneten Beteiligungsverfahren ein Konzept für die zukünftige Gestaltung und Nutzung der Gebäude der Stadtverwaltung zu entwickeln.
2. dem Stadtrat bis zum 30. September 2015 einen konkreten Vorschlag einschließlich eines zeitlichen Ablaufplanes für dieses Verfahren zum Beschluss vorzulegen.
3. sicher zu stellen, dass die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens bei den Planungen zur Sanierung des Neuen Rathauses berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung
Ja 31 Nein 18 Enthaltung 6

38 Gestaltung des Scheune-Vorplatzes**A0036/15
beschließend**

Frau Stadträtin Muth bringt den Ersetzungsantrag ein.

Herr Stadtrat Thiele hält den Antrag für nicht zielführend und befürchtet, dass die Fördermittel nicht genutzt werden könnten. Er weist auch auf die ablehnende Beschlussempfehlung des Ortsbeirates Neustadt hin.

Herr Zweiter Bürgermeister Sittel merkt an, dass der Termin zur Vorlage der Prüfergebnisse, nicht gehalten werden könne. Der Ortsbeirat Neustadt würde keine Sitzung in diesem Zeitraum abhalten.

Frau Stadträtin Muth ändert das Datum in Punkt 2 des Ersetzungsantrages vom „6. August 2015“ in „30. September 2015“.

Abstimmung:

Der Stadtrat stimmt dem Ersetzungsantrag mit der redaktionellen Änderung des Datums mit 35-Ja-Stimmen, 30-Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen zu.

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Planungen zum Umbau des Scheune-Vorplatzes fortzusetzen, unter folgenden Maßnahmen:

1. Es ist zu prüfen, ob der geplante Umbau des Scheune-Vorplatzes (in Richtung Alaunstraße) den Zielen der Sanierungssatzung Äußere Neustadt entspricht.
2. Das Ergebnis der Prüfung sowie Stellungnahmen des „Scheune e. V.“, der „Schwafelrunde“ und des Ortsbeirates Neustadt sind dem Stadtrat am 30. September 2015 vorzulegen.
3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat ein Konzept für die zukünftige Nutzung des Scheune-Vorplatzes zum Beschluss vorzulegen. An der Erstellung des Konzepts sind der „Scheune e. V.“ und die „Schwafelrunde“ zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis:

Ersetzung
Ja 35 Nein 30 Enthaltung 2

Dirk Hilbert
Erster Bürgermeister

Marlene Voigt
Schriftführerin

Stefanie Pallmann
Schriftführerin

Monika Weber
Schriftführerin

Holger Zastrow
Stadtrat

Dr. Margot Gaitzsch
Stadträtin